

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
der Kommission zur Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern u. ausländischen Flüchtlingen

am Dienstag, **17.03.2009**, 17:00 Uhr,
Raum 2/2, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Meik Bolte , Richard-Michael Halberstadt , Andreas Nicklas

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Dr. Brigitte Hasenjürgen

von der FDP-Fraktion

Wolfgang Klein

von der Verwaltung

Rolf Finke , Jochen Köhnke , Hans-Joachim Schlumm , Monika Schuller

für die Schriftführung

Susanne Jostameling

Es fehlten:

Ali Atalan , Ursula Blankenstein , Maria Anna Hakenes , Spyridon-Paul Marinos

nichtöffentlicher Sitzungsteil

Es fand kein nicht-öffentlicher Sitzungsteil statt.

Tagesordnung

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift vom 05.02.2009
3. Eingänge und Mitteilungen

V/0034/2009
V

4. Stiftung Siverdes; Fortführung des Projektes "Privjet"
5. Zukunftsinvestitionsgesetz

V/0141/2009
V

6. Bericht über die Unterbringung von Flüchtlingen und Spätaussiedlern
7. Bericht des Dezernenten für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten
8. Bericht des Sozialamtes
9. Bericht des Amtes für Ausländerangelegenheiten
10. Verschiedenes

Punkt 1 der Tagesordnung

Genehmigung der Tagesordnung

Herr Halberstadt begrüßte die Anwesenden. Er entschuldigte Herrn Schindler, der einen anderen Termin wahrnehmen musste.

Zur Tagesordnung bat Frau Hasenjürgen die ToP 5 und 6 zu tauschen, da die Punkte inhaltlich in enger Verbindung stehen. Der Vorsitzende kam dieser Bitte nach.

Punkt 2 der Tagesordnung

Genehmigung der Niederschrift vom 05.02.2009

Die Niederschrift der Sitzung vom 05.02.2009 wurde verabschiedet.

Punkt 3 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr Köhnke berichtete:

Neues Internetportal „Wege in den Beruf“

Mit Unterstützung des Netzwerks W in der Region Bonn/Rhein-Sieg und des Familienministeriums NRW hat das Bildungswerk für Friedensarbeit Bonn ein innovatives Internetportal entwickelt, das für Berufsrückkehrerinnen mit Migrationsvorgeschichte umfassende Informationen bietet. Erstmals bietet eine Internetseite kompakt alles Wichtige, was Migrantinnen für ihren Start ins Berufsleben benötigen. Als besonderen Service finden Frauen aus der Region bei migra-info eine Vielzahl von Adressen und Ansprechpartnern in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis.

Die Internetseite ist unter

www.migra-info.de <file:///D:/Temp/Isil%20Ceylan/2009/Infobrief/www.migra-info.de> zu finden.

Fachtagung „Interkultur konkret“ in Wuppertal

Am Mittwoch, 25.03.2009 findet im Internationalen Begegnungszentrum des Caritasverbandes Wuppertal in Kooperation mit dem Kulturbüro der Stadt Wuppertal die Fachtagung „Interkultur konkret“ statt. Dort sollen konkrete Impulse zur Umsetzungen für interkulturelle Projekte gegeben werden. Neben Umsetzungsbeispielen von Handlungskonzepten aus anderen Kommunen in NRW werden Bundesweite Best Practice Beispiele vorgestellt.

Weitere Informationen auch unter: www.caritas-wuppertal.de

Einladung zum 30. Bundestreffen der Deutschen aus Russland

Am Samstag, 13. Juni 2009 lädt die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. zum 30. Bundestreffen der Deutschen aus Russland in die Messe Niederrhein in Rheinberg ein. Schirmherr des Bundestreffens ist Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen Dr. Jürgen Rüttgers.

Weitere Informationen unter: www.deutscheausrussland.de/kontakt.htm

Herr Köhnke teilte mit, dass das zentrale Aufnahmelager UNNA-MASSEN Ende Juli geschlossen wird und die Flüchtlinge direkt oder über Friedland an die Kommunen verteilt werden. Dies ist ein Nachteil für die Kommunen.

Tagungsprogramm: „Anders und doch so gleich-Migrantinnen in der Wohnungslosen hilfe“

Am 18. -19.06.2009 findet ein Tagungsprogramm mit dem Titel „Anders und doch so gleich-Migrantinnen in der Wohnungslosenhilfe“ statt.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)zum bundesweiten Startschuss für berufsbezogene Sprachkurse vom 16. Februar 2009

Die Bundesregierung stellt in ihrem nationalen Integrationsplan die Bedeutung der Sprachförderung heraus. Die Ermöglichung der Sprachförderung von der Kindertageseinrichtung bis in die Berufsbildung ist eines der vielen Maßnahmen die im nationalen Integrationsplan angesprochen werden. In einer Pressemitteilung vom 16. Februar 2009 stellt das Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die bundesweit ersten Kurse in einem neuen Programm zur berufsbezogenen Sprachförderung vor:

Mit dem Konzept des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) haben Kurse in Hessen (Bad Hersfeld) und in Baden-Württemberg (Böblingen) begonnen. Insgesamt sind derzeit rund 90 Projektträger zugelassen, die die Kurse künftig anbieten.

Finanziert werden die Sprachkurse aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF). Für das ESF-BAMF-Programm stehen insgesamt 330 Millionen Euro bis 2013 zur Verfügung. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales beauftragte das Bundesamt in dieser Förderperiode mit der Durchführung.

Die ESF-Sprachkurse, die an die laufenden Integrationskurse Integrationskurse des Bundesamtes anknüpfen, bestehen aus einem berufsbezogenen Sprachunterricht und einer Qualifizierung in drei Teilen: theoretischer Unterricht, Praktikum und Betriebsbesichtigungen. Dabei reicht die Bandbreite von Bewerbungstraining bis hin zu EDV-Kursen.

An dem berufsbezogenen Sprachkurs in Bad Hersfeld werden 18 Teilnehmer speziell für den Arbeitsbereich Lager und Logistik qualifiziert. Kursträger ist der Fachdienst für Migration des Landkreises Hersfeld-Rotenburg. Auch Betriebspraktika in der Region sind vorgesehen. In Böblingen werden 18 Teilnehmer vor allem für den technisch-gewerblichen Bereich geschult. Träger

ist die Deutsche Angestellten-Akademie (DAA). Die beiden Kurse sind jeweils passgenau auf die Erfordernisse des örtlichen Arbeitsmarktes abgestimmt. Die Teilnehmer werden im Zusammenwirken der Bundesagenturen für Arbeit, Optionskommunen, den Arbeitsgemeinschaften aus kommunalen Trägern und Bundesagentur für Arbeit (ARGEn) sowie den jeweiligen Bildungsträgern ermittelt.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bamf.de

Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Aufforderung zur Einreichung von Anträgen auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen für das Förderjahr 2009

Am 25. Juni 2007 haben das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union die Entscheidung zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen (EIF) für den Zeitraum 2007 - 2013 erlassen. Die Verantwortung für die nationale Umsetzung des Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen tragen die Mitgliedstaaten. Das Bundesministerium des Innern hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als zuständige Behörde zur Verwaltung des Europäischen Integrationsfonds benannt.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat auf seiner Internetseite die Aufforderung zum Einreichen von Anträgen auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen (EIF) für das Förderjahr 2009 veröffentlicht.

Die Frist für das Einreichen der Projektanträge endet am 25. März 2009. Projektanträge sind direkt an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu richten. Die Stadt Münster hat in Kooperation zwischen dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, dem Amt für Schule und Weiterbildung, der Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten und der Universität Münster ein Projekt beantragt. Wenn der Antrag bewilligt wird, erfolgt ein Hinweis in der Kommission.

Am 05.03.2009 fand der jährliche Abend der Ehrenamtlichen statt. Es ging um einen Austausch der engagierten Kräfte und eine Anerkennung ihrer Arbeit.

Die in Münster wohnhaften Spätaussiedler sind wenig im gesellschaftlichen Leben wie z. B. in Parteien eingebunden. Dies zeigt, dass die Integration noch nicht in allen Bereichen vollzogen ist.

Der Ausländerbeirat hat sich der Thematik angenommen, dass in den Einrichtungen für Wohnungslose ein steigender Anteil von Menschen mit Migrationsvorgeschichte aufgenommen wird. Es handelt sich um EU-Angehörige, weniger um Flüchtlinge und Spätaussiedler. Der Ausländerbeirat wird in der Tiefe noch weitere Informationen einholen.

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0034/2009**

Stiftung Siverdes; Fortführung des Projektes "Privjet"

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Die städtisch verwaltete Stiftung Siverdes fördert die als Projekt „Privjet“ installierten Hilfen und Maßnahmen des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien an der Haupt-

schule Hilstrup und der Johannes–Gutenberg-Realschule in Münster–Hilstrup vom 01.07.2009 bis zum 31.12.2010.

II. Kosten/Folgekosten

Die Gesamtvolumen der Förderförderung beträgt 30.000 €.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

	Wirtschaftsjahr 2009	Wirtschaftsjahr 2010
Stiftung Siverdes	10.000 €	20.000 €
Gesamtkosten	30.000 €	

Begründung:

1. Ausgangslage

Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses V/0128/2006 1. Erg. förderte die Stiftung Siverdes bislang die als „Privjet“ Projekt installierten Hilfen und Maßnahmen an der Hauptschule Hilstrup und der Johannes–Gutenberg-Realschule in Münster–Hilstrup sowie an der Fürstenschule mit je einer 19,25 Wochenstunden Stelle.

Freizeitangebote des Jugendzentrums Berg Fidel und des Fachwerks Gievenbeck waren Bestandteile der Maßnahmen und wurden ebenfalls durch die Stiftung Siverdes gefördert.

2. Zur bisherigen Umsetzung des Projektansatzes

Unabhängig von unterschiedlichen Bedarfen der Schulen, werden im Rahmen des Projektes „Privjet“ folgende Basisleistungen erbracht:

- regelmäßige Präsenz in der Schule
- Schwerpunktberatung für ausgesiedelte Kinder und Jugendliche
- Krisenintervention
- Zusammenarbeit mit Eltern / Erziehungsberechtigten / Bezugspersonen
- Information und Beratung für Lehrerinnen und Lehrer
- Initiierung weiterer Unterstützungsangebote und Hilfen
- Mitwirkung in den Gremien der Schule.

Integrations- und Partizipationsproblematiken in unterschiedlichsten Facetten bestimmen sowohl den Schulalltag von spät ausgesiedelten Schülerinnen und Schülern sowie von Schülerinnen und Schülern anderer Kulturen und Ethnien als auch von Lehrkräften.

Im Rahmen dieses Projektes ist es daher ein wichtiges Ziel, Integrations- und Partizipationschancen spät ausgesiedelter Kinder und Jugendlicher deutlich zu verbessern.

Um dies erreichen zu können, sind regelmäßige Präsenzen und Beratungsangebote in den Schulen unabdingbare Voraussetzungen.

Zusätzlich benötigen Schülerinnen und Schüler mit Migrationsvorgeschichte besondere Fördermaßnahmen. Die erforderlichen Angebote werden primär unter den jeweiligen Aspekten der

kulturellen, religiösen und ethnischen Bedingungen und Möglichkeiten betrachtet und der Transfer in die hiesige Gesellschaftsstruktur begleitet, ohne die Herkunft außer Acht zu lassen. Die gleichberechtigte Partizipation im System Schule wird gefördert und ausgebaut. Eine gut gelingende Integration ist hier das oberste Ziel.

Die Hilfen konzentrieren sich auf die individuelle Lebensplanung, als Entwicklung eigener Perspektiven, Beratung und Einzelfallbetreuung in besonderen Lebenslagen sowie Beratungsangebote zur Erweiterung der interkulturellen Kompetenzen sowohl bei Schülerinnen und Schülern als auch beiden Fachkräften an der Schule.

Somit werden zusätzlich zu den oben genannten Basisleistungen im Rahmen des Projektes „Privjet“ folgende Arbeitsschwerpunkte bzw. Leistungen an der jeweiligen Schule erbracht:

Hauptschule Hiltrup

- Projekt „*Berufliche Integrationslotsen*“
- individuelle, bedarfsgerechte Einzelfallhilfen
- Sozialtraining ab Klasse 5
- Initiierung und Begleitung von Unterrichtseinheiten zu besonderen Problemlagen bestimmter Klassen (Integration von SchülerInnen mit Migrationsvorgeschichte)
- Angebote zur Erweiterung interkultureller Kompetenzen der Lehrenden
- Vermittlung von Hausaufgaben- und Übermittagsbetreuung

Johannes-Gutenberg-Realschule

- individuelle, bedarfsgerechte Einzelfallhilfen
- Sozialtraining I in Klasse 5
- Sozialtraining II in Klasse 6 (neu ab Schuljahr 2008/2009)
- Initiierung und Begleitung von Unterrichtseinheiten zu besonderen Problemlagen bestimmter Klassen
- Begleitung der Förderstunde für SpätaussiedlerInnen
- Angebote zur Erweiterung interkultureller Kompetenzen von Lehrenden
- Vermittlung von Hausaufgaben- und Übermittagsbetreuung

Fürstenbergschule

- individuelle, bedarfsgerechte Einzelfallhilfen
- Hilfen zur Lebensplanung und Berufsorientierung
- Entwicklung von Zielperspektiven für den weiteren schulischen und beruflichen Werdegang
- Beratung und Integration von Eltern
- Flankierung der pädagogischen Arbeit von Lehrern

Das Angebot wird von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Schulleitungen und Eltern/Erziehungsberechtigten sehr gut angenommen – es ist als feste Größe innerhalb der Schulen verankert.

In Zusammenarbeit mit dem Lehrpersonal werden zusätzlich erforderliche Unterrichtseinheiten zu sozialen Kernthemen wie Mobbing, Integration, Umgang mit den/dem „Anderen“ etc. vorbereitet und durchgeführt. Zusätzlich zu den schulischen Anforderungen und Leistungen müssen die Schülerinnen und Schüler vielfältige soziale Kompetenzen vorweisen bzw. erlernen (soweit sie sie nicht im Elternhaus erworben haben), um an der Schule einen für sie gewinnbringenden Lebensort vorzufinden und den späteren beruflichen und gesellschaftlichen Anforderungen gerecht werden zu können. Die Unterstützung beim Erwerb von Schlüsselqualifikationen durch

das Projekt Privjet wird von Lehrkräften und den Schülerinnen und Schülern ausdrücklich gewünscht.

Die Verortung des Projektes „Privjet“ an den drei Schulen ist deutlich positiv zu bewerten. Für das nächste Schuljahr sind u. a. gemeinsame Projekte und Projekttag geplant. Gleichzeitig ist die Betreuung der Schülerinnen und Schüler, die auf eine jeweils andere Schule wechseln, gewährleistet und kann in Personalunion weiterführend pädagogisch begleitet werden.

2.1 Besondere Voraussetzungen und Bedingungen in Hilstrup

Um adäquate und bedarfsgerechte Hilfen in den Schulen installieren und vermitteln zu können, bedarf es zusätzlich einer Vernetzung im Stadtteil Hilstrup. Die Teilnahme am „Arbeitskreis Jugend Hilstrup“ bietet diese Basis. Der Arbeitskreis besteht aus Fachkräften der Kinder- und Jugendarbeit (Jugendeinrichtungen, Beratungsstellen, Schulen, Polizei, der Jugendförderung und Kommunalen Sozialdienst).

Durch diese Vernetzung können Schülerinnen und Schüler auch in weiterführende Hilfsangebote unkompliziert und bedarfsgerecht vermittelt werden.

In den vergangenen Schuljahren 2005/2006, 2006/2007 und 2007/2008 nutzten insgesamt 204 Schülerinnen und Schüler das Angebot des Projektes „Privjet“ (davon 111 Schülerinnen und Schüler der Hauptschule Hilstrup sowie 93 Schülerinnen und Schüler der Johannes – Gutenberg – Realschule Hilstrup).

Im laufenden Schuljahr 2008/2009 sind an der Hauptschule Hilstrup 453 Schülerinnen und Schüler gemeldet, an der Johannes – Gutenberg – Realschule Hilstrup 529.

Neben alltäglichen, unzähligen Kurzberatungskontakten werden aktuell durch das Projekt „Privjet“ 30 Schülerinnen und Schüler in regelmäßigen und intensiven Beratungsprozessen begleitet. In derzeit 18 Fällen ist eine parallele Elternberatung über einen längeren Zeitraum erforderlich und wird im Rahmen des Projektes „Privjet“ geleistet.

3. Fortsetzung des Projektes

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien signalisiert, dass eine Fortsetzung dieses Projektes an den beiden Schulen in Hilstrup bis zum 31.12.2010 unter dem Aspekt einer weiterhin möglichst gelingenden Integration und Partizipation von spät ausgesiedelten Kindern und Jugendlichen erforderlich ist.

An der Fürstenberghauptschule werden zukünftig seitens des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien im Rahmen des Konzeptes „Jugendhilfe an Hauptschulen“ erforderliche Konzeptbausteine des Projektes Privjet aufgenommen und fortgesetzt.

4. Freizeitmaßnahmen in den Jugendzentren

Die Beschlussziffer 2 der Vorlage V/0128/2006 1. Erg. sah vor, innerhalb der laufenden Projektphase, die Arbeit in den Jugendzentren so zu gestalten, dass die bisher besonders betreuten jugendlichen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler künftig durch die vorhandenen Betreuungsstrukturen der Offenen Jugendarbeit begleitet werden können. Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien hat die Freizeitangebote weitestgehend im Rahmen der laufenden Gruppenangebote aufgreifen können.

Die Vorlage der Stiftungsverwaltung wurde einstimmig beschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Zukunftsinvestitionsgesetz

Die Diskussion hierzu siehe ToP 6.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0141/2009**

**Bericht über die Unterbringung von Flüchtlingen
und Spätaussiedlern**

Herr Köhnke erläuterte zur Vorlage:

Durch die rückläufige Zuzugsmenge an Spätaussiedlern wird angestrebt die Einrichtung für Spätaussiedler an der Bockhorststraße bis 30.04.2009 aufzugeben und an die Wohn- und Stadtbau zurückzugeben. Spätaussiedler sollen an der Von-Esmarch-Straße untergebracht oder direkt in Wohnraum vermittelt werden.

Die Bundesregierung hat der irakischen Regierung die Aufnahme von irakischen Flüchtlingen zugesagt. Das Kontingent wird nur eine marginale Auswirkung auf die Stadt Münster haben. Aktuell ist kein Bedarf vorhanden, eine neue Flüchtlingseinrichtung zu bauen.

Frau Hasenjürgen wünscht sich im Rahmen des neuen Flüchtlingskonzeptes, dass alle Flüchtlinge die Möglichkeit erhalten, in vernünftigen Wohnheimen untergebracht zu werden. Es gibt qualitative Unterschiede z. B. zwischen den neuen Flüchtlingseinrichtungen und dem Gebäude an der Friedrich-Ebert-Straße und den Interdomus-Fertighäusern. Frau Hasenjürgen bedauert es, dass nicht Mittel aus dem Konjunkturpaket von 5,8 Mio. Euro nur von den GRÜNEN aber nicht von den Kommissionsmitgliedern zur Sanierung oder zum Bau von Flüchtlingseinrichtungen beantragt wurden. Auch die Verwaltung habe dazu keine Vorschläge gemacht. Frau Hasenjürgen sah zeitlich nach wie vor die Möglichkeit fraktionsübergreifend politisch aktiv zu werden, da am Tag nach der Sitzung der Finanzausschuss tagte.

Es wurde in der Kommission über die quantitative und qualitative Ausstattung der Flüchtlingseinrichtungen diskutiert.

Herr Köhnke erläuterte die Sichtweise der Verwaltung. Für den Bau einer neuen Einrichtung erhält die Verwaltung Bundesmittel. Investitionen in die Interdomus-Häuser zur Sanierung hingegen wären, dadurch, dass die Gebäude marode sind, in kürzester Zeit verlorenes Geld. Ende des Jahres 2009 wird der Bedarf an Flüchtlingseinrichtungen neu ermittelt und der Zustand der Einrichtungen überprüft.

Herr Nicklas geht davon aus, dass wenn Mängel in den städtischen Wohnheimen bekannt werden, diese dem Fachamt gemeldet werden. Die Hausmeister sind dann in der Pflicht, die Missstände zu beheben.

Dies bestätigte Herr Finke. Die SozialarbeiterInnen und Hausmeister haben Sprech- und Präsenzzeiten in den Einrichtungen. Wenn z. B. das Gesundheitsamt Schimmel in einer Einrichtung feststellt, wird der Bereich geräumt und die Mängel abgestellt. Herr Finke teilte mit, dass die Unterkunft an der Friedrich-Ebert-Straße gerade hergerichtet wird und in den Raumgrößen an die Standards des Unterbringungskonzeptes angepasst werden.

Herr Klein und Herr Nicklas sahen Unterschiede in der qualitativen Unterbringung der Flüchtlinge, für sie ist die Unterbringung der Flüchtlinge insgesamt jedoch passabel.

Herr Bolte berichtete, dass keine fraktionsübergreifenden Gespräche stattgefunden haben und

er daher auch keine Möglichkeit sehe einen Antrag in den Finanzausschuss einzubringen.

Herr Halberstadt sieht die Unterbringung der Flüchtlinge nach dem Konzept als positiv, mit noch vorhandenen Schwachstellen. Aber da der Bedarf an Kapazitäten regelmäßig überprüft wird, kann sich die Unterbringung noch weiter gut entwickeln.

Punkt 7 der Tagesordnung

Bericht des Dezernenten für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten

Herr Köhnke berichtete, dass der Ausländerbeirat am 23.04.2008 die Anregung an den Rat gegeben habe, zur Verbesserung der Migrationsberatung zwei Fortbildungsworkshops für Lehrerinnen und Lehrer in weiterführenden Schulen zum Thema Integration in der Schule und im Schulunterricht durchzuführen. Nach Auskunft des Amtes für Schule und Weiterbildung wurde die Anregung bisher nicht berücksichtigt. Die Angelegenheit wird durch die Fachverwaltung in Kürze beraten und das Ergebnis mitgeteilt.

Anlässlich der Resolution des Rates der Stadt Münster vom 11.02.2009 „Hier geboren- hier zuhause: Münster für ein Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen“ wurden zwischenzeitlich Schreiben an den Innenminister des Landes NRW sowie den Deutschen Städtetag gerichtet mit der Bitte, sich bei den zuständigen Instanzen für eine großzügige und dauerhaft anwendbare Bleiberechtsregelung einzusetzen.

Im Gremium „Gutachterausschuss“ ist keine Person mit Migrationsvorgeschichte vertreten. Der Vorsitzende des Ausschusses teilt auf eine entsprechende Anfrage mit, zukünftig selbstverständlich auch Personen mit Migrationsvorgeschichte bei der Besetzung des Ausschusses zu berücksichtigen.

Punkt 8 der Tagesordnung

Bericht des Sozialamtes

Der Bericht von Herrn Finke ist als Anlage beigelegt.

Punkt 9 der Tagesordnung

Bericht des Amtes für Ausländerangelegenheiten

Der Bericht von Herrn Schlumm ist als Anlage beigelegt.

Punkt 10 der Tagesordnung

Verschiedenes

Frau Hasenjügen wies auf eine Kampagne von Pro Asyl hin:

Ein breites Bündnis von PRO ASYL mit dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR), Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen fordert, dass Deutschland jedes Jahr ein Kontingent an Flüchtlingen aus den Erstzufluchtsstaaten aufnimmt und integriert.

Warum?

Kriege, politische Krisen oder andere existenzielle Nöte zwingen jedes Jahr viele tausend Menschen zur Flucht. Einen sicheren Staat, der eine neue Lebensperspektive bietet, können die wenigsten Flüchtlinge erreichen. Viele wollen langfristig zurück ins Herkunftsland, doch eine

Rückkehr ist oft auf unabsehbare Zeit unmöglich. Ohne eine Perspektive auf ein menschenwürdiges Leben sitzen viele Flüchtlinge jahrelang in eigentlich provisorischen Lagern fest.

Die Kampagne fordert Flüchtlinge aus den schwierigen Verhältnissen in den Erstaufnahmestaaten heraus nach Deutschland zu holen. In der Fachsprache wird diese organisierte Aufnahme „Resettlement“ oder „Neuansiedlung“ genannt. Die Idee ist nicht neu. Seit vielen Jahren stellen Staaten wie die USA, Kanada, Schweden, Dänemark oder die Niederlande jährliche Quoten für die Aufnahme von Flüchtlingen bereit. Deutschland ist bislang noch kein Resettlementstaat. Dennoch hat auch die Bundesrepublik im Laufe ihrer Geschichte mehrfach auch große Gruppen von Flüchtlingen aufgenommen, wenn auch teilweise unter problematischen Bedingungen. Ende der 1970er Jahre fanden zum Beispiel 26.000 vietnamesische Boatpeople dauerhaft Sicherheit Aufnahme in Deutschland, 1999 wurden vorübergehend 10.000 Frauen und Kinder aus dem Kosovo ausgeflogen und nach Deutschland gebracht.

Frau Hasenjürgen schlägt vor, diese Thematik auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen. Zur Vorbereitung bittet Sie die Mitglieder der Kommission, sich die Kampagne im Internet anzusehen unter www.save-me-kampagne.de

Ende der Sitzung: 18:20 Uhr

gez. Richard-Michael Halberstadt
Vorsitz

gez. Susanne Jostameling
Schriftführung